

## An die Rahmenlehrplan Projektleitung

### Stellungnahme der Fachbereiche Geschichte, Sozialkunde und Politikwissenschaft des Kant-Gymnasiums zur Anhörungsfassung der neuen Rahmenlehrpläne:

Alle Fachkollegen stellen fest, dass die Vorschläge für die neuen RLP völlig unangemessene Anforderungen an die Schulen stellen, weil die strukturierenden Angaben für die Umsetzung nicht nur fehlen und somit den Schulen aufgebürdet werden, sondern zum wiederholten Male alle Kollegen Berlins gezwungen sind, aus unübersichtlichen und disparaten Einzelfestlegungen zu erstellen.

Die Tatsache, dass RLP einen Verwaltungsakt darstellen, muss beinhalten, dass den Schulen Vorgaben gegeben werden, die ihnen die Umsetzung erleichtern und nicht erschweren, und erst dadurch würde auch eine Vergleichbarkeit hergestellt werden. Dazu gehörten auf Seiten der Planenden allerdings, neben vielem anderem, allein schon die Kenntnis der Situation und Abläufe in den Schulen (z.B. Lehrermangel, häufig wechselnde Kollegiums zusammensetzungen, extreme Belastungen durch pausenlose Evaluationen und formalisierte Kontrollen wie MSA und Förderpläne von fast sieben Seiten...).

Da die Realitäten offenbar nicht einbezogen werden, werden Koordinierungsschwierigkeiten zwischen den Fachbereichen konstruiert, die Unterricht als mechanisches Regelwerk erscheinen lassen und überhaupt keine ersichtlichen Bildungsvorteile für die Schüler bieten.

Um die generelle Kritik der Fachkollegen auch anhand konkreter Aspekte zu verdeutlichen, seien folgende Punkte **exemplarisch** genannt:

Die Zusammenfassung der Fächer Geschichte, Politische Bildung und Geografie zu Gesellschaftswissenschaften in der Jahrgangstufe 5/6 ist in mehrfacher Hinsicht problematisch. Neben einer inhaltlichen Überfrachtung der Themenfelder in historisch-politisch-geografischen Längsschnitten, die unsere 9-10jährigen Schülerinnen und Schüler bei weitem überfordern dürfte, wobei man sich generell fragt, ob ein neunjähriger Schüler beispielsweise Wirtschafts- und Sozialpolitik in der Europäischen Union inhaltlich durchdringen kann oder mit der deutsch-deutschen Teilung ohne jeglichen historisch-chronologischen Zusammenhang etwas anfangen kann, und dem Wegfall historisch relevanter Themen ist es äußerst problematisch, dass Kollegen durch die Zusammenfassung dreier Fächer zu einem „Fach“ Gesellschaftswissenschaften fachfremd geografische, politische bzw. historische Inhalte vermitteln sollen, ohne dafür fachlich und auch didaktisch ausgebildet zu sein, so dass ein Absinken der Qualität des Unterrichts nahezu vorprogrammiert wäre.

Warum beim Fach Politische Bildung, wie Sozialkunde in Zukunft heißen soll, die sinnvolle inhaltliche Progression von nationaler, europäischer und schließlich globaler Ebene im Rahmen der Sek I zugunsten eines Themenfeldes „Leben in einer globalisierten Welt“ in Klasse 7 aufgegeben wurde, erscheint ebenso unklar, wie die Rolle des Faches an sich, bei dem 50 Prozent aller Themen im fächerübergreifenden Verbund mit Geschichte und Geografie unterrichtet werden soll.

Die gravierendsten Probleme liegen jedoch im Fach Geschichte. Längsschnitte als einzige zugelassene Makromethode im Unterricht führen dazu, dass Schüler bis zum Beginn der 9. Klasse keinerlei chronologischen „Durchlauf“ durch die Geschichte mehr erhalten und somit die **zentrale Kompetenz des Geschichtsunterrichts**, die nunmehr „Darstellen – historisch erzählen“ heißen soll und laut Rahmenlehrplan ein „auf der Grundlage von Wissen geschichtliche Zusammenhänge sinnvoll Beschreiben bzw. Erzählen und Begründen“ sowie „Ordnen und Verknüpfen historischer Sachverhalte chronologisch sowie nach Ursache(n) und Wirkung(en)“ von den Schülern fordert, nicht gefördert wird. Dieses historische Erzählen als **zentrale Kompetenz des Geschichtsunterrichts** kann von Schülern, die bis zur 9. Klasse nie das Erfassen von Ursachen und Wirkung chronologischer Ereignisse erlernt haben, nicht geleistet werden. Zudem erscheinen die Inhalte der Längsschnitte völlig beliebig, wodurch sich auch deutlich Probleme bei Schulwechseln ergeben können. So kann man die Doppeljahrgangstufe 7/8 mit Längsschnitten zu „Geschlechteridentitäten“, „Handel im Wandel“, „Bildung und Erziehung“ sowie „Der Mensch in seiner Umwelt“ verbringen, ohne dass bislang verbindliche historische Inhalte, wie Reformation, Entdecker, Absolutismus oder Aufklärung auch nur erwähnt werden. Insgesamt fällt zudem auf, dass Geschichte in den wählbaren Themenfeldern fast

ausschließlich auf Umwelt- und Sozialgeschichte beschränkt wird und politische Geschichte im Grunde bis zum Beginn der 9. Klasse ausgeklammert wird. Sowohl das Längsschnittprinzip als auch die einseitige Reduktion und Beliebigkeit der Themen führen u.a. auch dazu, dass Schülerinnen und Schüler kein umfassendes Bild des Faches Geschichte mehr erhalten, was auch nachteilige Auswirkungen auf die Präsentationsprüfungen im MSA und Abitur haben würde, wo Geschichte und PW überproportional stark vertreten sind.

Allgemein erscheint es zudem problematisch, dass in jedem Jahr ein fächerübergreifender Längsschnitt verbindlich sein soll. Es müssten sich mit dem Geschichts-, Politik- und Geografielehrer jeweils 2 oder sogar 3 Lehrer einer Klasse gemeinsam absprechen und eine Unterrichtsreihe vorher gemeinsam planen, in der die drei Fächer jeweils angemessen vertreten sind, und jeder Kollege zu einer genau festgelegten Zeit seine jeweilige Stunde wie geplant durchführen. Dass dies organisatorisch und planerisch kaum praktisch umsetzbar ist und die Unterrichtsreihe durch schulorganisatorische oder krankheitsbedingte Stundenverschiebungen schnell über den Haufen geworfen sein dürfte, liegt klar auf der Hand. Zudem ergibt sich hierbei auch die Schwierigkeit der fachgetrennten Leistungsbewertung, wenn Teilaspekte dreier Fächer in einem Längsschnitt vermischt werden.

Nach völliger Beliebigkeit der Themen in der Doppeljahrgangsstufe 7/8 fällt ab Klasse 9 eine extreme inhaltliche Überfrachtung der Themenfelder mit verbindlichen Inhalten auf, wobei man sich generell fragt, wie diese Fülle an Inhalten nun kompetenzorientiert transportiert werden soll – von einem noch zusätzlich erhöhten Zeitaufwand durch ggf. nötige Maßnahmen zur Inklusion ganz zu schweigen. Um die geplanten Vorgaben für den Doppeljahrgang 9/10, in dem durch Betriebspraktika und MSA-Prüfungen ohnehin weniger Wochen Unterrichtszeit zur Verfügung stehen als in 7/8, erfüllen zu können, müsste Geschichte im Grunde dreistündig unterrichtet werden, was wenn man Gerüchten glauben darf momentan nicht geplant ist. Dass trotz der inhaltlichen Überfrachtung der einzelnen Themenfelder historisch sehr relevante Themen, wie beispielsweise die Weimarer Republik, die ganz wegfallen bzw. nur in Hinblick auf ihr Scheitern erwähnt wird, erscheint ebenso problematisch. Der deutlich zu einseitige Fokus auf Deutschland in den Themenfeldern der 10. Klasse, in denen der Kalte Krieg allein auf das Verhältnis der beiden deutschen Staaten zueinander reduziert wird, erscheint auch 25 Jahre nach dem Mauerfall ein unhaltbarer Zustand in einer globalisierten Welt.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass die RLP ein zeitliches und intellektuelles Korsett darstellen, durch das alle Lehrer in ungeheure Mehrarbeit gezwungen werden und zudem nicht klar ist, wie eine Qualitätssteigerung der Bildung überhaupt und eine wirkliche Vergleichbarkeit der Bildungsstandards hergestellt werden sollen. Die Anhörungsfassung ähnelt einem Ideenwettbewerb der Planenden, deren Umsetzungen an die einzelnen Schulen weitergereicht werden, und zeugt zugleich von einem ungeheuren Misstrauen gegenüber den vom Senat ausgebildeten Lehrern, denen man offenbar nicht zutraut, den Rahmen eines strukturierten Rahmenlehrplans selbst qualitativ füllen zu können.

Obwohl wir befürchten müssen, dass dieser Anhörungsfassung politische Entscheidungen zugrunde liegen, an deren Umsetzung trotz aller auch zum Großteil sehr konkreter Kritikpunkte vermutlich wenig bis nichts geändert werden wird, appellieren wir an die Verantwortlichen, das Wort „Anhörungsfassung“ auch ernst zu nehmen und nicht zu einem pseudo-demokratischen Prozess verkommen zu lassen, sondern die vielen dringend nötigen Änderungen, die durch die Expertise der vielen praxiserprobten Kolleginnen und Kollegen geäußert werden, auch in einer endgültigen Fassung der neuen RLP vorzunehmen.